

Eine irritierende Gleichzeitigkeit kennzeichnet die öffentlichen Diskussionen zum Thema Postkolonialismus. Die Rezeption schwankt zwischen Affirmation und beißender Kritik, so auch immer wieder in dieser Zeitung. Auf der einen Seite zeigten sich zahlreiche politische und kulturelle Institutionen bis hinauf zur Leitung der deutschen Außenpolitik sensibel für die postkoloniale Kritik an einer fehlenden Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit. Obgleich von verschiedener Seite auch kritisch bewertet, sind die Bemühungen Deutschlands, ein Abkommen mit Namibia zu schließen, ein bemerkenswerter Schritt in der Anerkennung historischer Schuld. Gleiches gilt für den Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania im Herbst 2023, wo er um Verzeihung für die Gewalttaten der deutschen Kolonialherren bat. Im Zuge einer kulturpolitischen Kontroverse über die Rückgabe historischer Artefakte sind auch einige Blindstellen der postkolonialen Kritik mittlerweile deutlich geworden, etwa die Ausblendung von Machtverhältnissen in den Herkunftsländern. Dennoch war und ist eine Auseinandersetzung mit der Kolonialvergangenheit und ihren Spuren in der Gegenwart auch angesichts der weit verbreiteten Unkenntnis dringend notwendig.

Denn obwohl laut einer Umfrage von 2020 nur 9 Prozent der Deutschen stolz auf den eigenen Kolonialismus sind, dürfte es den meisten schwerfallen, auch nur drei ehemalige deutsche Kolonien zu nennen. Weder im Geschichtsunterricht noch in der öffentlichen Berichterstattung spielt die deutsche Kolonialgeschichte eine größere Rolle. Zugleich signalisieren diese Debatten den ehemaligen Kolonialländern immerhin eine gesellschaftliche und politische Bereitschaft, sich nach Jahrzehnten des Schweigens mit einer Gewalt auseinanderzusetzen, die in den Ländern des Globalen Südens deutlich präsenter ist als hierzulande.

Auf der anderen Seite geriet der Postkolonialismus spätestens seit der Documenta 15 unter publizistischen Dauerbeschuss. Die an Vertreter der postkolonialen Studien adressierten Vorwürfe reichen von einer Ignoranz gegenüber antisemitischen Stereotypen bis hin zur Bezeichnung der offenen Unterstützung antisemitischer Bewegungen. Seit der militärischen Reaktion Israels auf den Terroranschlag der Hamas hat sich der Ton dieser Kritik noch einmal deutlich verschärft. Dies mag auch an einzelnen Äußerungen und einseitigen Sympathiebekundungen gelegen haben.

Dabei geht die Kritik im Grundsatz über die Antisemitismus-Frage hinaus. Sie wiederholt einen Vorwurf, der schon in den Sechziger- und Siebzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts gegen Teile der marxistischen Linken erhoben wurde. Zwar geißele der Postkolonialismus fortbestehende Strukturen kolonialer Gewalt. Handfeste Gewalt, die im Namen des Kampfes gegen diese Strukturen verübt wird, werde aber deutlich milder bewertet, wenn nicht sogar gutgeheißen. Zudem sei die postkoloniale Kritik an der kulturellen und politischen Hegemonie des Westens von zahlreichen blinden Flecken geprägt, etwa der Ausblendung des russischen oder japanischen Imperialismus.

Und schließlich befindet sich der Postkolonialismus in dem Dilemma, dass Autokraten und Diktatoren sich gerne und immer öfter ihrer Argumente bedienen. So rechtfertigt die Hamas ihren Vernichtungskrieg gegen Israel ebenso mit postkolonialer Befreiungsrhetorik, wie Putin die NATO-Osterweiterung als weiteren Beweis eines ungestillten kolonialen Macht hungers des Westens darstellt. Zwar sind am politischen Missbrauch intellektueller Konzepte nicht unbedingt deren Urheber schuld, dem Ruf des Postkolonialismus haben solche Instrumentalisierungen allerdings deutlich geschadet.

Sebastian Conrad hat an dieser Stelle (F.A.Z. vom 14. Februar) zu einer differenzierten Betrachtung postkolonialer Ansätze beigetragen, indem er gezeigt hat, dass diese nicht notwendigerweise antiaufklärerisch oder gar antisemitisch sind. Vielmehr steht in vielen Beiträgen eine empirisch gesättigte Analyse der Kontinuität kolonialer Hierarchien nach dem Ende kolonialer Herrschaft im Vordergrund. Das „post“ verweist auf das Fortwirken von

Strukturen kolonialer Herrschaft bis in die Gegenwart hinein, die es kritisch einzuordnen gilt. Dies umfasst etwa Kontinuitäten im Staatsaufbau, in der Rechtsprechung oder im Politikverständnis in ehemaligen Kolonien, aber auch den Umgang mit konkreten Verbrechen des Kolonialismus sowie die oft umstrittene Suche nach Gerechtigkeit, die mit Forderungen nach Entschädigung und Entschuldigung einhergeht. Historische und sozialwissenschaftliche Analysen treffen hierbei auf normative Fragestellungen, oft mit unterschiedlicher Gewichtung. Dazu gehört es ebenfalls, die eurozentrische Brille abzulegen und Verbindungen auch zwischen den ehemals abhängigen Staaten zu untersuchen, die längst von Peripherien kolonialer Reiche zu Knotenpunkten globaler Verflechtungen geworden sind beziehungsweise es schon immer waren.

Das Verhältnis zwischen empirischer Analyse und normativer Wertung tritt auch bei der postkolonialen Kritik an der historischen und sozialwissenschaftlichen Wissensproduktion zutage. Zum einen weisen Wissenschaftler aus postkolonialer Perspektive auf den Fortbestand von Hierarchien beim Zugang zu Wissen und bei der Beteiligung an wissenschaftlicher Forschung hin, ablesbar etwa an der Beteiligung an Forschungsprojekten oder der Präsenz in hochrangigen Fachzeitschriften. In den Kultur- und Sozialwissenschaften hat dies zu Diskussionen darüber geführt, inwiefern Beforschte mehr sein sollten als Objekte wissenschaftlicher Neugier. Machtkritische Arbeiten verweisen zum anderen auf die fehlende Anerkennung nichteuropäischer Wissensfor-

men und fordern, die wissenschaftliche Praxis sehr grundsätzlich zu überdenken. Mit postkolonialen Perspektiven ist auch ein wissenschafts- und kulturpolitisches Ziel verbunden, eine stärkere Einbeziehung des Globalen Südens in die deutsche und europäische Forschungs- und Kulturlandschaft oder umgekehrt ein Herausreten aus der Enge eurozentrischer intellektueller Traditionen. Initiativen der deutschen Forschungsförderinstitutionen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft zeugen ebenso davon, wie Förderprogramme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Da Deutschland inzwischen ein attraktiver Wissenschaftsstandort für Forscher aus ehemaligen Kolonien geworden ist und sich zudem die postmigrantische Gesellschaft auch im universitären Betrieb vermehrt widerspiegelt, werden Grenzen zwischen hier und dort, vermeidlichem Zentrum und Peripherie, langsam, aber stetig verwischt.

Als Empfänger solcher BMBF-Förderung untersuchen wir in unserem Forschungsnetzwerk zu postkolonialen Hierarchien in Frieden und Konflikten an den Universitäten Bayreuth, Erfurt und Marburg sowie am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg, inwiefern sich koloniale Machtverhältnisse in zeitgenössischen Konflikt dynamiken niederschlagen und was sich daraus für eine nachhaltige Konflikttransformation ergibt. Postkoloniale Gewaltkonflikte sind stets im Kontext globaler Machtasymmetrien zu betrachten, die sich im Zuge kolonialer Ex-

pansionsprozesse herausgebildet haben und heute noch virulent sind, wenn auch in sich stetig verändernder Form. Dies schließt Kontinuitäten und Brüche ein, die im Zuge von Dekolonialisierungsprozessen und anticolonialen Kämpfen entstanden sind und sich tief in das institutionelle Gefüge nachkolonialer Gesellschaften, ihre demographische Zusammensetzung und Machtverteilung, Rechtsnormen und politischen Institutionen eingelagert haben.

Unsere Forschungen dazu betreffen beispielsweise die Präferenz eines staats- und regimезentrierten Verständnisses von Sicherheit gegenüber gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen. Dadurch, dass in der Spätphase kolonialer Herrschaft der staatliche Sicherheitsapparat massiv ausgebaut wurde und oftmals auch nach der Unabhängigkeit eng mit der ehemaligen Kolonialmacht verbunden blieb, verfügt der postkoloniale Staat über starke Repressionsinstrumente gegen gesellschaftliche Gruppen und eine politische Opposition. Ein Blick auf kolonial und imperial gezogene Grenzen, die bis zum heutigen Tag umstritten sind, oder auf den unterschiedlichen Umgang mit Amtssprachen im postkolonialen Staat ist zudem relevant für die Analyse von Konflikten in ehemaligen Kolonien. Der aktuelle, international wenig beachtete Sezessionskonflikt in Kamerun geht etwa auf die Bevorzugung des Frankophonen und eine systematische Benachteiligung der anglophonen Minderheiten zurück. Auch das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander durch die Kolonialherren führt bis zum heutigen Tag zu innergesellschaftlichen Spannungen in postkolonialen Staaten. Der Völkermord

Den klassischen Einbaum ihrer Väter lenken die Fischer von Kamerun in Trikots global beliebter Sportmannschaften: Unterwerfung unter neokoloniale Symbolik oder weltbürgerliches Aufstiegsstreben? Foto AFP



in Ruanda war dafür ein besonders schreckliches Beispiel.

Aber auch in internationalen Bemühungen, nach dem Ende von Gewalt Frieden zu schaffen, spiegeln sich bis heute postkoloniale Hierarchien. So stellen etwa ehemals kolonialisierte Staaten den Großteil des militärischen Personals internationaler Friedenstruppen, während westliche Staaten diese Einsätze finanzieren, aber deutlich zurückhaltender dabei sind, ihre Soldaten einer unmittelbaren Gefahr auszusetzen. Wo dies geschieht, wie in Afghanistan und Mali, werden Einsätze schnell und ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Zivilbevölkerung oder lokaler Angestellter beendet. In zivilen Friedensmissionen wiederum besteht nach wie vor eine deutliche Asymmetrie zwischen externen Experten und lokalen Fachkräften. Zwar hat sich eine Rhetorik durchgesetzt, die von Augenhöhe und lokaler Eigentümerschaft spricht. In der Realität bleiben die Rollenzuweisungen zwischen internationalen und lokalen Akteuren allerdings weitgehend unverändert. Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die bürokratischen Regeln solcher Einsätze, die eine Steuerung in der Metropole erfordern.

Aus der Perspektive postkolonialer Hierarchien wird ferner am Völkerrecht kritisiert, dass es von Kolonialmächten geprägt wurde und daher vor allem deren Interessen und Vorstellungen spiegelt. So basiert es auf dem Prinzip der territorialen Souveränität, wodurch indigene Gemeinschaften jenseits des Staates ihre Rechte nicht vor internationalen Gerichtshöfen geltend machen können. Dies ist besonders dann von Bedeutung, wenn durch die Veräußerung von Landrechten die historische und

kulturelle Verbindung der indigenen Gemeinschaften mit ihrer Umwelt ignoriert und Natur zerstört wird. In Brasilien, aber auch Ecuador werden daher zentrale Prämissen des Völkerrechts von indigenen Gruppen infrage gestellt. Ähnlich verhält es sich mit der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die vor dem Hintergrund der Weltkriege mit Blick auf Flüchtlinge in Europa verfasst wurde und diesen das Recht auf Asyl zubilligte. Menschen auf der Flucht aus dem Globalen Süden hingegen wurden nicht als Rechtssubjekte, sondern als humanitäre Notfälle betrachtet, denen man mit Entwicklungshilfe und nicht mit Schutzverantwortung begegnete. Eine Vorstellung, die noch bis heute Wahrnehmung und Handeln prägt.

Welche Form Gerechtigkeit nach Gewaltverbrechen annehmen soll, ist eine weitere Frage, die wir uns stellen. Im Zuge der Kolonialisierung hat sich weltweit ein strafendes Modell von Gerechtigkeit durchgesetzt, dass Straftaten als Verletzung von Gesetzen und sozialen Ordnungen ansieht. Die Bestrafung von Tätern soll zu Abschreckung, Sicherheit und Vergeltung führen. In vielen vorkolonialen Kontexten war jedoch das Ziel von Gerechtigkeit, die Gemeinschaft wiederherzustellen, soziale Schäden zu reparieren und Unrecht wiedergutzumachen. Diese wiederherstellende Gerechtigkeit basiert auf Dialog, fördert die Wiedereingliederung der Täter in die Gemeinschaft und unterstützt Opfer bei der Verarbeitung ihrer Traumata. Vermehrt wird in Ländern wie Uganda und Ruanda die Bedeutung von wiederherstellender Gerechtigkeit wieder anerkannt und zur Aufarbeitung von kriegerischer Gewalt verwendet.

Ebenfalls im Rahmen der BMBF-Wissenschaftsförderung tragen fünf Maria-Sy-billa-Merian-Zentren in Mexiko, Brasilien, Ghana, Indien und Tunesien wiederum dazu bei, die Forschungsnetzwerke der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften in den Globalen Süden zu erweitern. Sie sollen dessen Perspektiven einbeziehen. Dass allerdings auch auf dem Gebiet der Wissenschaftskooperation zwischen Norden und Süden noch Hürden bestehen, haben 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief an BMBF, DFG und Deutschen Akademischen Austauschdienst zur Sprache gebracht. Darin beklagen die Unterzeichnenden die Ungleichbehandlung von Forschern aus dem Globalen Süden gegenüber europäischen oder nordamerikanischen Wissenschaftlern. Sie fordern mehr Vertrauen in die Wissenschaft sowie weniger Bürokratisierung, wenn man die alte koloniale Asymmetrie nicht unter neuen Vorzeichen fortsetzen will – zwar nicht mehr mit Gewalt, aber mit Verwaltungsvorschriften und Visa-Beschränkungen.

Wie jede kritische Intervention in etablierte wissenschaftliche und öffentliche Diskurse provoziert der Postkolonialismus Widerspruch. In jedem Fall hat er in Europa eine Reflexion tradierter kultureller, politischer und wissenschaftlicher Praktiken vor dem Hintergrund eines neuen Selbstbewusstseins des Globalen Südens stimuliert. Postkoloniale Perspektiven können, das wäre jedenfalls unsere Hoffnung, die Offenheit europäischer Gesellschaften und wissenschaftliche sowie kulturpolitische Kooperation befördern. Im besten Fall klären sie über koloniale Kontinuitäten auf, eröffnen gesellschaftliche Debatten über den Umgang mit tradierten Hierarchien und tragen zu deren Abbau bei. Identitätspolitische und essenzialistische Fundamentalismen stehen dem freilich entgegen. Sie sind aber nicht gleichbedeutend mit einer postkolonialen interessierten und reflektierten Forschungspraxis. Nicht zuletzt kann diese Praxis liberalen Gesellschaften dabei helfen, kluge, nämlich historisch informierte Antworten auf Kolonialismuskritik zu finden, statt selbst wiederum in identitäre Abgrenzungskämpfe zu verfallen.

Thorsten Bonacker und **Susanne Buckley-Zistel** lehren Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg. Sie sind Ko-Sprecher und Sprecherin des BMBF-Forschungsverbundes „Postcolonial Hierarchies in Peace and Conflict“.

Handelt es sich um etwas Militärisches oder Politisches?

Gregory Mann zeigt, dass die Frage falsch ist: Die Geschichte des heutigen Afrika sollte zivile Herrschaftsverhältnisse nicht einfach als Norm ansetzen

Bald nach dem Ende des Kolonialismus kam es in Dutzenden von afrikanischen Ländern zu Militärputschen. Überall auf dem Kontinent wurden Gesellschaften, die gerade ihre Unabhängigkeit von Europa erlangt hatten, zu Militärdiktaturen. Sobald die Soldaten das Sagen hatten, änderte sich der politische Kurs. An die Stelle von Freiheitsversprechen traten Vorstellungen von Disziplin, und militärische Prinzipien wie Rang, Bereitschaft und Gehorsam verdrängten die weichen politischen Werte (Gleichheit, Selbstbestimmung), wie sie Zivilisten gepredigt hatten. Die Politik wurde zu einem Stellungskrieg zwischen Männern in Uniform, und in einigen Ländern tobte dieser Krieg jahrzehntlang. Schließlich kehrten die meisten Armeen jedoch in die Kasernen zurück, und eine Zeit lang schien es, als hätte Afrika die Militärherrschaft im zwanzigsten Jahrhundert gelassen.

Dem ist offenkundig jedoch nicht so. In den vergangenen Jahren haben Soldaten die zivilen Regierungen in Guinea, Mali, Sudan, Niger, Burkina Faso und Gabun gestürzt. Die Journalisten und Diplomaten, die das nicht kommen sahen, haben nach einer Erklärung gesucht und sind meist bei kurzschichtigen Theorien über russische Einmischung, ausländische Söldner oder die Wut über französischen Neokolonialismus gelandet. Aber diese Putschs kamen keineswegs aus dem Nichts. Die Soldaten in den Fernsehstudios knüpfen an eine tiefe politische Tradition an: Über weite Strecken des späten zwanzigsten Jahrhunderts war der Militarismus die am weitesten verbreitete Ideologie in Afrika. Von den Sechziger- bis zu den Neunzigerjahren drehte sich die afrikanische Politik um Blutflehen und Machtergreifung der Soldaten.

Die Männer, die sie inszenierten, waren berauscht von ihrer eigenen Stärke,

strotzten vor Ehrgeiz und nervöser Energie. Nach ihren offiziellen Selbstrechtfertigungen ging es den Putschisten um Korruption, schlechtes Verhalten von Politikern oder niedrige Löhne. Aber der Militarismus war nicht immer reaktiv oder reaktionär. Fast alle Militärs wollten ihre Länder umgestalten, auch wenn sie nicht immer genau sagten, was sie aus ihnen machen wollten. Staatsstreichs brachten auch Ideen mit sich, und der Militarismus – die Ideologie der Herrschaft von Soldaten – zielte darauf, eine neue Art von Gesellschaft zu schaffen. Von einer „Rückkehr zur Khaki-Herrschaft“ in der Krise der neoliberalen Demokratie spricht jetzt der an der Columbia University in New York lehrende Historiker Gregory Mann im „Journal of African History“ (Cambridge University Press), insbesondere im Blick auf Westafrika und die Sahelzone.

Mann, Autor der Bücher „Native Sons: West African Veterans and France in the 20th century“ (2006) und „From Empires to NGOs in the West African Sahel: The Road to Nongovernmentality“ (2015), führt noch einmal vor Augen, dass die Jahre um 1990 in Afrika einen scharfen Bruch markierten, von der Stagnation zum Übergang, von Aufständen zu Wahlen. Eine Generation später befinden wir uns vielleicht in der umgekehrten Situation, gefangen zwischen einer Krise der Demokratie und der Aussicht auf Autoritarismus. In der Sahelzone, schreibt Mann, sei dieser dramatische Wandel nicht von der Sicherheitskrise in der Region zu trennen. Dass Soldaten nach der Macht greifen, um Missstände in ihrem kollektiven Arbeitsleben zu beseitigen, ist empirisch gut belegt. Die Akzeptanz von Militärregierungen in großen Teilen der Bevölkerung – die Faszination der Herrschaft der Strippenzieher, die Ent-

täuschung über die Demokratie, die Sehnsucht nach einer vergangenen sozialen Ordnung – hat nach Mann tiefere, endogene Wurzeln. Dazu gehört das Versagen der demokratischen Regierungen bei ihren Versuchen, nicht nur den breiten Übergang zum Wohlstand zu schaffen und zu erhalten, sondern – insbesondere in der Sahelzone – auch nur ein Mindestmaß an menschlicher Sicherheit zu gewährleisten.

Die Vorstellung, dass eine „gute Regierung“ gleichbedeutend mit einer „zivilen Regierung“ sei, wird in Manns Augen zu selbstverständlich vorausgesetzt. Bürgerinnen und Bürger vieler afrikanischer Staaten könnten ihr jedenfalls widersprechen. Nach Jahrzehnten der Korruption und des Selbstbetrugs im Zuge des demokratischen Übergangs werde sie zunehmend auf den Prüfstand gestellt. Ungeachtet der Tatsache, dass Episoden von Militärregierungen untrennbar zur Ent-

stehungsgeschichte moderner „demokratischer Kleptokratien“ wie etwa Nigeria gehören, wurden Staatsstreichs jahrzehntlang lediglich als Gegenpol zu zivilem Missmanagement dargestellt.

Hinter der Verärgerung über das Versagen demokratischer Regierungen in der Praxis stehe jedoch mehr als nur die Sehnsucht nach dem, was die Bevölkerung als geordnetes Zeitalter in Erinnerung zu haben meine. Für Historiker des zeitgenössischen Afrika, so Manns Forderung, sind die Aufarbeitung der Geschichte des Militärs in Afrika und ein besseres Verständnis für Erinnerungen an Militärherrschaft daher zentrale Aufgaben. Die hergebrachte Prämisse, Formen der Militärregierung seien in Afrika eher anomal als konstitutiv, gleicht den Kontinent so wohlmeinend wie voreilig einem Ideal ziviler Politik an, das vielleicht auch in anderen Weltgegenden keineswegs die Normalität ist.

ANDREAS ECKERT